Weltwochenschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 44

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Amerika hebt das Waffen-Embargo auf.

Eine der Entscheidungen, von der wir sagten, sie würden abgewartet, ehe man den Krieg mit seinem ganzen Ernst entfesseln werde, ist gefallen: Die USA geben praktisch die Waffenausfuhr frei. Zwar hat erst der Senat seine Zustimmung gegeben. Aber die andere Kammer des Kongresses, das Repräsentantenhaus, stand weniger in Frage als der Senat. Man kann also sagen, daß Roosevelt durchgedrungen, daß er seinen Zweck nach den allermühsamsten Querwegen demokratischer Verhandlungspraxis mit den Interessen der Amerikaner verbunden habe.

Warum hat der Senat endlich zugestimmt? Warum fürchtete man, er werde nicht zustimmen? Der Fall liegt primitiver und betrüblicher, als manche Enthusiasten ihn gerne sehen möchten. Eines unserer führenden Blätter hat es so formuliert: Das Repräsentantenhaus wird trotz allen Versuchen, Roosevelt noch ein Bein zu stellen, doch beistimmen. Denn das große Geschäft ist interessiert. Damit ist alles gesagt. Die Industrie, welche Flugzeugteile liefern kann, sich auf Flugzeugteile eingerichtet hat, will nicht auf der Seite stehen, wenn jetzt in der Welt massenhaft Flugzeuge verlangt werden. Ein Geschäft wie ein anderes auch, und eine Konjunktur, die wahrgenommen werden will wie jede andere!

Die zweite Frage: Warum fürchtete man, der Senat und auch die Volkskammer würden Roosevelt nicht folgen? Ganz einfach: Amerika will zwar am Kriege verdienen, aber es will nicht daran Geld verlieren, schon verdientes Geld davonschwimmen sehen. Es will darüber hinaus nicht in den europäischen Krieg verwikkelt werden. Und schließlich: Es will auch nicht in der Weise in die Katastrophe hinein schlitteln, daß es der einen Kriegspartei borgt und zuletzt eingreifen muß, um seine Anleihen zu retten; es will nicht in die Zwangslage geraten, einem Schuldner zum Siege verhelfen zu müssen, damit er bezahle.

Im letzten Kriege war es so, daß die Westmächte drüben in USA gewaltig gepumpt haben. Die böswilligen Geschichtsschreiber behaupten, ohne diese amerikanischen Forderungen an England und Frankreich, aber auch an die übrigen Alliierten, wäre Wilson niemals ausgezogen, um die Demokratien vor dem deutschen Militarismus zu retten. Kein einziges armseliges Ideal sei in Wirklichkeit hinter der amerikanischen Kriegsteilnahme gestanden. Einzig Wilson sei der närrische Idealist gewesen, den allerdings die Geldgewaltigen brauchten, um Amerika zur Rettung seiner Kapitalien nach Europa zu führen. Sie behaupten auch, der Unterschied zwischen Wilson und Roosevelt und zwischen den beiden Epochen sei sachlich gleich Null, und nur eines habe geändert: Amerika pumpe nichts und entziehe sich dadurch dem zweiten Kreuzzuge zur Rettung der Demokratie, trotzdem die deutsche Drohung diesmal schlimmer sei als 1914.

Steht es so schlimm mit der amerikanischen „Krämerseele"?

Wir sind nicht ganz derselben Meinung. Aber es besteht ein geistiger Zustand, der in sich die wirkliche Gefahr für die Demokratien birgt. Es ist derselbe Zustand, der England jahrelang zaudern ließ, ehe es sich aufraffte und die Profite jagende Großindustrie zwang, sie in den Dienst der eigenen Reichsverteidigung zwang. Die Amerikaner haben gerechnet. Wer die Debatten im Kongreß auch nur anhand der spärlich nach Europa gelangenden Nachrichten verfolgte, hatte die Vorstellung eines unerhörten Ringens zwischen Interessen und Ideen. Roosevelt vertritt die Ideen, seine begeisterten Anhänger folgen ihm. Sie haben bisher die Massen des Volkes hinter seiner Fahne gehalten. Aber dieses Volk, die Seele dieses Volkes ist und war immer das Schlachtfeld zwischen Ideen und Interessen. Die großen Vertreter der geschäftlichen Ziele können diesem Volke beweisen, daß Roosevelt ein Kommunist sei, sie können dem Volke, wenn es ihnen paßt, alle Aengste eintrichtern und ihm klar machen, daß sein vergötterter Präsident statt des Fortschrittes den Krieg bedeute. Und sie tun es ungescheut, wenn Roosevelt etwas unternimmt, das gegen die großen Geschäfte zu gehen scheint. Der Schein genügt schon.

Und darum muß jede amerikanische Politik versuchen, diese mächtigen, anscheinend ausschlaggebenden Interessentengruppen geradezu vor den Wagen des Staates zu spannen. Muß ihnen jeden Vorwand nehmen, ins Volk zu gehen und die Regierung zu diskreditieren. Und dies ist geschehen, und das Resultat ist nun sichtbar.

Praktisch hat Roosevelt, was er durchzudrücken versuchte, erreicht. Die Westmächte können die Tausende amerikanischer Flugzeuge, die sie drüben bestellt haben, abholen. Sie bekommen sie ausgeliefert, falls sie bar bezahlen. Neue Goldströme werden die gehorteten Reichtümer in USA vermehren. Vielleicht bricht die geschäftlich größte, psychologisch aber gefährlichste „Prosperity" unmittelbar aus den Lieferungen an die Westmächte los. Amerikanische Schiffe werden dabei nicht gefährdet, denn es ist ihnen verboten, an den Transporten mitzuhelfen. Auch amerikanische Kapitalien werden nicht gefährdet. Denn Anleihen und Kredite an Kriegführende sind untersagt.

Theoretisch würde man auch den Deutschen liefern, aber die Herrschaft über die Meere geht langsam an die Westmächte über. Es sind also Geschäft, Kapital und formale Neutralität gerettet. Für die Idealisten ist aber auch die Hilfe für die Demokratien gerettet worden, und das muß ihnen und Roosevelt genügen. Ob eine auf solche Basis gegründete Hilfe nicht „den Wurm in sich hat", wird die Weltgeschichte lehren.

Der Eindruck in Berlin ist bedeutsam. Hitler und seine Generäle wissen nun, daß sie rasch losschlagen müssen, falls sie die momentane Gleich- oder Ueberwertigkeit des deutschen Materials, vor allem in quantitativer Hinsicht, noch vor der wirksamen amerikanischen Hilfe ausnützen wollen.

England erwartet denn auch für die nächste Zeit einen ersten großen Angriff.

Rückt Italien sachte ab?

Es wird nun ziemlich deutlich, daß zwischen England und Italien eine engere Interessengemeinschaft entstanden ist; den Anlaß dazu hat die russische Gefahr gegeben. Die Schwenkung in Rom wird aber sehr sachte durchgeführt, und man muß sich hüten, zu optimistische Schlüsse zu ziehen. Der Gegenstand des gemeinsamen Interesses, genauer, der Positionen, welche beide Mächte gegenüber einem weitern Vordringen der Russen zu verteidigen haben, ist der gesamte Donau-Balkan-Raum. Was insgeheim zwischen den verschiedenen Kapitalen der Südoststaaten verhandelt wird, möchte mancher gern wissen. Es wird sich aber auch mancher gedulden müssen. Denn nichts ist reif, und es wird noch lange nichts wirklich reif werden, auch wenn die beiden Großmächte mit künstlichen Mitteln den Prozeß beschleunigen werden.

Immer und immer wieder sind es die unüberwindlichen Hemmungen gegen Opfer, welche einen „besitzenden" Staat verhindern, das Notwendige zu tun, um gefährlichste Verwicklungen zu vermeiden. Man nimmt z. B. an, daß momentan die Türken, hinter welchen England steht, die Rumänen mit

allen Mitteln bearbeiten, damit sie die Bulgaren mit der Dobrudscha versöhnen und ihre endgültige Eingliederung in den Balkanbund möglich machen möchten, daß aber die Rumänen sich gegen das zugemutete Opfer sträuben. Und dabei liegt es nahe, daß mit einem solchen Opfer eine der schwersten Gefahren beschworen würde; wenn die Bulgaren ihre Rachegedanken aufgeben, sind die Ungarn die einzigen, die noch nach Revision rufen. Und da sie von Italien überzeugt worden sind, daß jede mit Hilfe Deutschlands erzwungene Revision das Ende Ungarns bedeuten würde, schwinden die Anhänger einer gewaltsamen Grenzänderung rasch.

Es wird sich nun zeigen müssen, ob die Italiener mithelfen, den neuralgischen Punkt des Südostens, Rumänien, ebenfalls zu bearbeiten; sollen Balkanbund, England und Italien zusammen einer spätern oder nähern Russendrohung entgegentreten und Rumänien wirksam schützen, dann darf unter keinen Umständen ein unbefriedigtes Bulgarien die Geschäfte des gemeinsamen Gegners besorgen helfen.

Die Frage ist also, ob Italien unter der Hand oder schon offen mehr für diese Organisierung des Südostens tun werde als bisher. Begreiflich, daß man alle Anzeichen einer solchen bemerkbaren Schwenkung sorgfältig registriert. Ja, daß man aus dem oder jenem Anzeichen mehr liest, als man lesen darf, oder wenigstens in Versuchung gerät, es zu tun.

In der Schweiz hat man mit großer Genugtuung von einem Artikel des „Popolo d'Italia" Kenntnis genommen; das Leibblatt Mussolinis hat kurz und klar bewiesen, daß die schweizerische Neutralität eine europäische Notwendigkeit sei, und daß die Schweiz sie verteidigen solle und müsse. Die Gründe, die aufgezählt werden, weshalb das so sei, sind uns nicht neu. Sie machen uns alle Ehre, und wir freuen uns, daß sie ins italienische Konzept passen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, weshalb sie nun Mussolini bedeutsamer vorkommen mögen als zu der oder jener andern Zeit. Es wurde gemutmaßt, der Duce finde es notwendig, sein Bekenntnis so offen und deutlich auszusprechen, weil anderswo die Notwendigkeit, unsere Existenz zu respektieren, angezweifelt worden sei. Ja, es wurde geradezu behauptet, der deutsche Botschafter von Mackensen sei von Rom nach Berlin gerufen worden, weil wir, im Zusammenhang mit andern Dingen, Gegenstand eines Gedankenaustausches gewesen seien. Und die Gerüchtemacher wollten schon Verbindungen mit der Unterbrechung des deutschen Auslands-Telephon-Verkehrs sehen.

Wir sind heute ziemlich überzeugt, daß die Erklärungen im Leibblatt des Duce in ein ganzes System seiner Diplomatie hineingehören. Der neutrale Block, den er um das kriegsmüde, von Abessinien und Spanien her belastete Italien gruppieren will, soll unter allen Umständen auch die Schweiz umfassen. Wir können wahrhaftig immer froh sein, wenn die Interessen irgendwelcher Großmacht sich als unser Schutz ausweisen. Für die kommenden Stürme und Angriffe an der Westfront bedeutet die Mussolini-Erklärung eine Art moralischer Versicherung gegen einen Angriff. Sie ist ganz zweifellos so gemeint; daß sie auch notwendig gewesen, um einem gegen uns gerichteten Plane direkt entgegenzutreten, braucht man daraus nicht zu schließen.

Am 31. Oktober nun hat sich in Italien eine große Kabinetts-Umbildung ereignet. Sie wird von Berlin als bloße fascistische „Wachtablösung", vom Gegenlager aber als Anzeichen einer ganz bewußten Verstärkung der Neutralitätspolitik bezeichnet. Die Abdankung Staraces, Generalsekretär der Partei und anderer Draufgänger kann jedenfalls so gedeutet werden. Freilich bleibt Ciano, aber auch der Englandfreund Grandi bleibt. Die Auswirkung des Wechsels wird sich nicht rasch zeigen. Man muß aber darauf achten und warten.

Die eidgenössischen Wahlen.

Am Dienstagabend waren die Resultate noch nicht zu übersehen, aber soviel stand fest, daß sich wenig geändert habe. Genau wie man vorausgesehen, (oder ungenau). Im Kanton Bern verloren die Sozialdemokraten ein Mandat an die Freisinnigen, und die Altbauern eines an die Katholisch-Konservativen, so daß heute die Freisinnigen wieder vier statt drei Vertreter, die Bauern und Sozialisten je zehn, die Jungbauern drei, die Konservativen 2, Landesring und Jungradikale des Jura je einen Vertreter besitzen. Da die Zahl der Sitze 31 beträgt, macht die Verschiebung wirklich wenig aus.

Betrachtet man die Listenstimmen, so ändert sich das Bild etwas; man kommt zu gewissen Bildern, die sich aus der Zahl der Gewählten nicht ohne weiteres ergeben. An der Spitze marschiert die Bauernpartei mit rund 1,420,000 Stimmen. Die Verminderung beträgt rund 30,000. Es folgen die Sozialdemokraten mit rund 1,350,000 gegen 1,640,000 im letzten Wahlgang, also mit einem Verlust von 90,000 Stimmen. Davon haben ihnen die Kommunisten, die selbständig, aber ohne Resultat, auftraten, 25,000 abgenommen. Aber auch ohne das wäre der Rückgang stark und irgendwie auffallend. Man hat daraus Schlüsse ziehen wollen, z. B., die patriotische Welle habe dieser Partei geschadet, oder die Arbeiter seien zu Haus geblieben, weil sie die Lage der Partei in der jetzigen Zeit für wenig aussichtsreich halten. Eins ist gewiß, die Abwanderung zu den andern Parteien kann diesen Verlust nicht allein erklären.

Nimmt man an, die Freisinnigen, die ihre Stimmen von rund 660 auf 674,000 Stimmen steigerten, hätten diese 14,000 rein aus bisher sozialistischen Kreisen erhalten, was nicht genau stimmen mag, nehmen wir an, die Freiwirtschafter hätten 2000 (von 121 auf 123,000), die Unabhängigen 27,000 (von 142 auf 169,000) abermals aus den Reihen der bisher führenden Linkspartei gewonnen, dann haben wir, mit den Kommunistenstimmen, insgesamt 68,000 von den verlorenen 90,000 „erklärt". Es geht hier nicht um die Partei, sondern um die Frage, wie sich ein solcher Verlust zusammensetzte, wohin also am meisten Wähler abwandern. Wir sehen: Am meisten zu den Leuten des „Landesring", den sogenannten „Unabhängigen"; die zweite, die „kommunistische" Gruppe, gehörte von jeher zum linken Flügel der SP. Hier haben wir also die eigentliche „Bewegung". Mit andern Worten: Die Parolen Duttweilers haben, trotzdem kein Mandat erobert wurde, ihre Wirkung getan. Es ist natürlich nicht so, daß er den Gewinn der 27,000 Listenstimmen allein auf Kosten der Arbeiterpartei realisiert hat. Die Zahlenvergleiche dienen nur der schematischen Anschauung. Zu fragen haben wir uns, was für Parolen ausgegeben wurden und warum sie zogen.

Wir haben in einem Inserat einen Vergleich gefunden: Duttweiler gleich Maginot. Er hat die „Betonfront" gefordert, die schweizerische Maginot-Linie, die „Duttweiler-Linie". Begreiflich, daß im grenznahen Basel der Mandatgewinn der Unabhängigen verwirklicht wurde. Zugkräftig sind aber auch alle Postulate der Migrospartei, welche für die vermehrte behördliche Landesversorgung werben. Das sind durchaus Dinge, die uns nottun. Und es ist begreiflich, daß im Wahlkampf gerade die Ehrlichkeit des Duttweiler'schen Einsatzes (Getreidetank im Thunersee) angezweifelt wurde, oder daß Duttweiler den eidgenössischen „Brennstoffchef" Grimm anzugreifen suchte. D. h. begreiflich nur aus dem Wahlkampf heraus. Denn das Amt für Kraft und Wärme wird nicht mehr vermögen als der ebenfalls nicht vollkommene Duttweiler.

Die Stimmenverluste oder Gewinne bei den kleinen Parteien sind weniger interessant, höchstens, daß auch die Jungbauern von 490 auf 460,000 herunter gerutscht sind, oder die K. K. von 258 auf 268,000 hinauf. Der Kanton Bern hat im ganzen ein ziemlich getreues Bild auch der übrigen Schweiz geliefert.

—an—